



HESSISCHER LANDTAG

08. 09. 2009

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

betreffend Hessens Wohlstand für die Zukunft sichern - Bestätigung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Ausbau des Verkehrsflughafens Frankfurt/Main. Die Urteile des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 21. August 2009 bestätigen die Qualität, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt der Arbeit der Planfeststellungsbehörde. Mit diesen Entscheidungen ist der Weg frei, dieses für Hessen und Deutschland so bedeutsame Projekt fortzusetzen und die Landebahn Nordwest bis Ende 2011 in Betrieb zu nehmen. Die privaten Investitionen am Frankfurter Flughafen bilden die Grundlage für die Schaffung Zehntausender Arbeitsplätze. Gerade angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Hessen und Deutschland nun stehen, ist dies von überragender Bedeutung.
2. Der Landtag hält an seiner Auffassung fest, dass im Rahmen des rechtlich Möglichen der bestmögliche Schutz der Nachtruhe der Bevölkerung umgesetzt werden muss. In diesem Zusammenhang nimmt er mit Interesse zur Kenntnis, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof eine Neubescheidung der Nachtflugregelung nach Maßgabe der Rechtsauffassung des Gerichts für erforderlich hält. Er sieht deshalb der genauen, schriftlichen Begründung der Urteile erwartungsvoll entgegen.
3. Der Landtag nimmt auch zur Kenntnis, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof den Weg zum Bundesverwaltungsgericht durch Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache selbst und ausdrücklich eröffnet hat. Er regt an, nach Vorliegen der Urteilsgründe sorgfältig zu prüfen, ob eine abschließende Klärung der rechtsgrundsätzlichen Fragen durch das Bundesverwaltungsgericht angestrebt werden sollte. Der Landtag betont, dass es im Hinblick auf eine Neufestsetzung der Nachtflugregelungen des Planfeststellungsbeschlusses zunächst im Interesse aller Beteiligten entscheidend ist, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu erlangen. Soweit es sich dabei um Grundsatzfragen zum Verhältnis von Landesplanungsrecht und Bundesrecht handelt, könnten sie über die Entscheidung in Sachen Flughafen Frankfurt und Nachtflugverbot hinaus erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Landesentwicklungsplanung nicht nur in Hessen, sondern auch in ganz Deutschland haben.
4. Der Landtag unterstützt auch weiterhin die Landesregierung bei der bereits begonnenen Arbeit des Forums Flughafen und Region (FFR). Er fordert die Mitglieder des Forums auf, das Forum als wirksames Instrument zum Dialog zwischen Politik, Flughafen und Region und insbesondere zur Erschließung weiteren Lärminderungspotenzials insbesondere im Bereich des aktiven Schallschutzes zu nutzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. September 2009

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch